

Studium Bolognese - Zur Halbzeit im Bologna-Prozess

Andreas Kahler

Ausgepiffen, ausgebuht, aber nicht abgepiffen, geht die Studienreform von B.A. & Master sowie der ganze Bologna-Prozess in die zweite Halbzeit: Zwar hatten die versammelten BildungsministerInnen 1999 in Bologna vereinbart, den „Europäischen Hochschulraum“ - samt B.A. und Master - bis 2010 Wirklichkeit werden zu lassen, doch mussten sie einsehen, dass er ein weiteres Jahrzehnt zur Verwirklichung benötigt („Budapest-Vienna Declaration on the European Higher Education Area“ vom 12.03.10). Die neue Zielgerade, auch für B.A.-Reform-Reformen heißt: 2020.

1. Der Bildungsstreik 2009

Sie gingen in über 70 Städten auf die Straße, belagerten den Landtag von Rheinland-Pfalz, besetzten Bahngleise und in Hamburg zeitweise auch einen Fernsehsender: „Geld für Bildung statt für Banken“ lautete das Motto der rund 200.000 SchülerInnen und StudentInnen, die im Juni 2009 dem Aufruf der „Projektgruppe Bildungsstreik“ folgten. In Anspielung auf die historisch beispiellose Finanzhilfe in Milliardenhöhe, welche die deutsche Bundesregierung den Kreditinstituten in Folge der Weltfinanzkrise gewährte, wandten sich die Demonstrierenden gegen die chronische Unterfinanzierung von Schulen und Hochschulen in Deutschland: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“

Die Proteste richteten sich genauso gegen Studiengebühren, Schulzeitverkürzung und nicht zuletzt die Schwächen der B.A.-Studiengänge, auch „Studium Bolognese“ genannt. Mit diesem Ausdruck, der es 2009 immerhin auf Rang 8 der „Wörter des Jahres“ schaffte, sollte auf die Missstände aufmerksam gemacht werden, denen StudentInnen an deutschen Universitäten durch die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge ausgesetzt sind oder waren. Die Kritik machte sich an den Studienbedingungen fest:

- Unklarheiten während und nach der Umstellung
- Stress und Leistungsdruck

- zu viele Prüfungen
- eine große Anzahl von Regularien
- Verschulung und zu wenig freie Wahlmöglichkeiten
- zu wenig Betreuung, zu wenig Feedback
- Reduzierung der Lerninhalte auf Anforderungen der Arbeitswelt
- mangelnde Durchlässigkeit zwischen BA- und MA-Studiengängen.

Hinzu kamen Anerkennungsprobleme sowohl einzelner Studienleistungen, die an unterschiedlichen Hochschulen oder im Ausland erworben wurden, wie auch der neuen Abschlüsse generell.

Selbstbestimmt Studieren

„Selbstbestimmt leben und lernen“ forderten Demonstrierende: also die B.A.-Studiengänge nochmals komplett umzubauen – mit mehr Geld, mehr Lehrpersonal und mehr Mitwirkung.

Anfangs stießen die SchülerInnen und StudentInnen mit ihren (symbolischen) Besetzungen, Boykotts, alternativen Vorlesungen sowie anderen Protestformen auf ein sehr geteiltes Echo. Während manche Hochschulen, v.a. Universitäten, der studentischen Kritik zustimmten, suchte Bildungsministerin Annette Schavan die Proteste abzutun: der Bologna-Prozess sei „alternativlos“: „Wer streikt“, sei „schlicht gestrig“ (Deutschlandfunk 17.06.09).

Natürlich beteiligten sich nie alle StudentInnen an den Bildungsstreiks 2009. Einige waren schließlich rundum zufrieden mit ihrem B.A.-Studium; manche kümmerte der Streit aus anderen Gründe nicht: „Ich gehöre zu den letzten Diplomstudentinnen der Politikwissenschaft“, erzählte Steffi aus München. Sie war nach Berlin gekommen, um ein Praktikum im Auswärtigen Amt zu machen: „Es ist nicht Teil meines Studiums.“ – Sie genoss, dass der herkömmliche Studiengang ihr Raum für selbst gewählte Stoffvertiefung und ein anspruchsvolles Praktikum ließ. Dem Bildungsstreik blieb sie fern – er betraf sie nicht.

Höhepunkt der Bildungsproteste

Aber unzählige Hochschulgruppen und Splittergruppierungen hatten im Frühling 2009 schon einen Streik-Aufruf unterzeichnet – unterstützt durch mehrere Gewerkschaften. Er mobilisierte eine solch breite Massenbewegung, dass es nicht bei den angekündigten fünf

Tagen „bundesweiten Bildungsstreiks“ (15. – 19. Juni) blieb. Die vereinten Proteste hielten vielmehr ganze sechs Monate, also bis Dezember 2009, die Bildungs-Republik in Atem.

Ihren Höhepunkt fand die erste große Welle des Bildungsstreiks schließlich mit einer Kundgebung gegen die in Berlin tagende Kultusministerkonferenz (17.06.09): Statt interner MinisterInnen-Feier zum zehnten Jahrestag der Bologna-Erklärung standen damals jede Menge Protestaktionen im Fokus des öffentlichen Interesses.

Mindestens drei Faktoren trieben den Widerstand gegen die Bologna-Reformen in Deutschland an:

- der allgemeine Unmut über die Studienbedingungen und darüber, wie es nach dem B.A.-Studium weitergehen sollte,
- die Provokation, dass „Bologna“ als politischer Erfolg gefeiert würde und
- das Missverhältnis zwischen staatlichen Geldspritzen für Bankinstitute und Finanzmangel an Schulen und Hochschulen.

Ihren kritischen Punkt, der die Politik zum Einlenken bei der Bologna-Umsetzung brachte, erreichten die Bildungsproteste im November 2009. Erneut besetzten hunderte Studierende die Hörsäle; u.a. in München, Berlin, Duisburg-Essen, Münster, Bielefeld, Heidelberg, Mainz, Dresden, Potsdam, Würzburg, Augsburg, Köln, Erfurt, Karlsruhe, Bonn und Coburg – in insgesamt 50 Städten nach Angaben des fzs („freiwilliger Zusammenschluss der studentInnenschaften“). Wieder erklärten sich Gewerkschaften solidarisch, und zeigten die Hochschulspitzen Verständnis. Auf Landesebene reagierte die Politik zuerst in Niedersachsen, indem das Bundesland ankündigt, die Kleinteiligkeit der B.A.-Studiengänge aufzubrechen sowie die Prüfungsdichte zu verringern. Bundesministerin Schavan kündigte Mitte November eine Bafög-Erhöhung an, doch verteidigte sie zunächst bloß die geplanten „Maßnahmen“ (Aktuelle Stunde des Bundestags am 26.11.): ein nationales Stipendium ab WS 2010/2011 sowie ein künftiges Bildungssparmodell. Wo läge denn das Problem, fragte sie rhetorisch, wenn so viele junge Leute wie noch nie ein Studium aufnahmen und Deutschland weltweit „das drittbekannteste“ Land für GaststudentInnen aus dem Ausland sei. Noch am 29.11. (Anne-Will-Talkschau, Titel „Wa(h)r Bildung: Hast Du was, wirst Du was!“) als sich Schavan der Kontroverse stellte, lehnte sie die eigentliche B.A.-Kritik der Studierenden rundum ab – um anderntags nachzugeben: Unter dem Eindruck der beharrlichen Proteste nahm sie

endlich die Studierenden ernst und kündigt Ende November einen „Bologna-Gipfel“ an (Die Welt, 1.12.09).

Plötzliche Zustimmung zum Bildungsstreik

Der „Gipfel“, der insbesondere die Organisation und Qualität der Bachelor-Studiengänge behandeln soll, wird von den Hochschulen (HRK), KultusministerInnen, Studierenden und Wirtschaftsvertreter/innen begrüßt.

Nun, als unter dem Druck der Studierendenproteste die Politik erstmals unmissverständlich einlenkte, stimmten mehr und mehr Stimmen in den Chor der B.A.-Kritik ein: Die ProfessorInnen, in Gestalt des Deutschen Hochschulverbandes (DHV) erklärten mit Verve, Bologna und B.A.-Studium seien „ein Scherbenhaufen“: „Kein einziges Reformziel wurde erreicht. Die neuen Abschlüsse sind international nicht vergleichbarer, das Studium nicht besser, und die Mobilität der Studierenden ist deutlich schlechter geworden.“

Den bürokratischen „Akkreditierungswahn“ räumten gar die Zuständigen des Akkreditierungsrates selbst ein, des oberste Zulassungsgremium für B.A.-Studiengänge in Bonn. Er begegnete der Bachelor-Krise dadurch, dass er künftig die „Studierbarkeit“ einschließlich Prüfungs- und Arbeitsbelastung zu einem eigenen Zulassungskriterium für B.A.-Studiengänge machen will.

Besiegelt wurde der Erfolg des Bildungsstreiks letztlich bei einem Treffen zwischen Bundesbildungsministerin, Hochschulen, LandesvertreterInnen und Studierenden am 17. Februar 2010. Jetzt kündigte Ministerin Schavan nicht bloß einen einmaligen, halböffentlichen „Gipfel“ an, vielmehr eine regelmäßige öffentliche „Bologna-Konferenz“ um gemeinsam die B.A.-Studiengänge zu korrigieren und den Bologna-Prozess besser umzusetzen.

Im Ergebnis waren die ausdauernden, kreativen Proteste sehr wirksam: aus Unmut wuchs erneuter Uni-Mut. Die Politik musste einlenken. Dank des Widerstandes seitens der Studentinnen und Studenten setzte sich die Einsicht durch, dass dringend eine Reform von Bologna & Co. her muss.

2. Zurück auf Null: Start des Bologna-Prozesses

Hoffnungsfroh hatte es dabei am Anfang ausgesehen, niemand ahnte, welche Kritik der Prozess einmal hervorbringen wird. Die Hochschulpolitik war in Aufbruchsstimmung – was zum globalen Millenniumsfieber von 1999 passte, als Zuversicht nicht allein die *new economy* prägte. Hinsichtlich des Zeitpunkts lagen die europäischen Wissenschafts- und BildungsministerInnen also goldrichtig bei ihrer Zusammenkunft in Bologna: Dort unterschrieben sie im Juni 1999 die Erklärung, die den größten Hochschulumbuch seit Humboldts Zeiten einläutete. Und Deutschland gehörte gleich zu den ersten Unterzeichnerstaaten der Bologna-Deklaration.

Weil der Bologna-Prozess aus der Politik heraus in Gang gesetzt wurde, empfanden ihn nicht wenige Forschende, Lehrende und Studierende als eine Einmischung in die Hochschulen. Der Eingriff in bestehende Strukturen geschah in einem Maße von oben und von außen, dass zumindest während der ersten Halbzeit die Bologna-Umsetzung von mehr oder minder starren Fronten gekennzeichnet war: hier die kritischen Hochschulangehörigen, dort die forcierenden PolitikerInnen. Beide fielen allzu oft auf eine Art Schwarze Peter Spiel zurück: „Solange ihr uns nicht mehr Geld gebt, können wir Bologna nicht zum Erfolg machen!“ bzw. „Bologna ist gut, aber die Unis kriegen das nicht hin, sondern schreien ständig nur nach Geld!“

Dabei lesen sich die vier Kernpunkte zur Schaffung eines „Europäischen Hochschulraumes“ eher schlicht und unaufregend:

- Leicht lesbare und vergleichbare Abschlüsse,
- Ein System von Leistungsanerkennungen (ECTS: European Credit Point Transfer System)
- Mobilität von Forschenden und Studierenden
- Europäische Kooperation bei der Qualitätssicherung

Einschließlich Kasachstan haben sich inzwischen 47 Staaten zum gemeinsamen „Hochschulraum“ verpflichtet – ohne jedoch die Vorgaben und Ziele auf dieselbe Art und Weise umzusetzen. So sahen es die Beteiligten in Deutschland als besonders wichtig, neben der Mobilität vor allem die Studienbedingungen an neue Erfordernisse anzupassen. In Deutschland ging es besonders um die Überwindung der „geschlossenen Universität“ mit ihrem außergewöhnlich hohen

Maß der sozialen und kognitiven Schließung (Münch 2009, S. 98) – also der Tatsache, dass deutsche Unis traditionell nur für eine kleine Minderheit von SchulabgängerInnen vorgesehen waren anstatt durch eine Öffnung und entsprechendem Wandel den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Chancen für den Europäischen Hochschulraum

Der Start des europäischen Bologna-Prozesses bot in den Augen der meisten Reform-AkteurInnen eine herausragende Gelegenheit, praktisch sämtliche Motive zur Studienreform gebündelt in einen sinnvollen internationalen Zusammenhang einzubringen, so dass Chancen der Hochschulentwicklung enorm gesteigert werden würden. Mancher träumte gar von einer Vermählung zwischen Europäisierung und Reform; stand Bologna doch als älteste Universitätsstadt für eine tolle Tradition: über kulturelle und politische Grenzen hinweg gemeinsam zu forschen, zu lehren und zu lernen. „Europäischer Hochschulraum“ klang nach Erasmus-Erfahrungen, Förderung kultureller Vielfalt und Öffnung, Erweiterung über die Nationalstaaten ganz Europas hinweg bis zum Balkan sowie kulturelle Integration („Brückenfunktion“).

Man versprach sich durch die Einführung der gestuften Studiengänge B.A. und Master eine Ausweitung und Verbesserung der Studienoptionen bzw. gesteigerte Wahlmöglichkeiten für Studierende. Noch den Erklärungen der deutschen KultuspolitikerInnen von 1999 zufolge sollten die „konsekutiven“ Bologna-Studiengänge die herkömmlichen Studienabschlüsse bzw. -gänge Diplom und Master ergänzen, nicht jedoch an deren Stelle rücken. Der B.A.-Abschluss als „ein eigenständiger berufsqualifizierender Abschluss“ (KMK 1999, Abschnitt 1.4) war nach diesen „Strukturvorgaben“ weder als künftiger Regelfall noch als die herkömmlichen Studiengänge ablösende Konkurrenz geplant.

Ungeachtet ökonomistischer Zwischentöne – Bologna zielte von vornherein auf eine gestärkte Marktmacht des Hochschulsystems im globalen Wettbewerb - schien der Bologna-Prozess zunächst die auseinander gehenden – wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen – Interessen ausgewogen auszutarieren, indem er von einer allgemeinverbindlichen, universitären Wertebasis ausging.

Doch Dissens sah nur wie Konsens aus. Zu zahlreiche, unterschiedliche Zielsetzungen verbanden sich sofort mit Bologna, als dass die B.A.-Einführung in Deutschland seither wesentlich glatter hätte verlaufen können. U.a. zählten zu ihnen (nach Bretschneider/Pasternack 2005):

- Verkürzung der Studienzeit
- Erhöhung der Akademisierungsquote
- Zertifizierung der Studienabbrecher
- Beiträge zur Internationalisierung
- quantitative Bewältigung einer Entwicklung, die zum Studium als Normalfall für die Mehrheit der Bevölkerung führen wird
- Differenzierung der Studienoptionen
- Erhöhung der Selektionsquote
- Einführung von General Studies bzw. ‚Collegisierung‘ des Hochschulstudiums
- Schaffung von Nebenfachoptionen
- stärkere Berufsorientierung
- Aufhebung der Unterscheidung von sog. berufsorientierten (FHs) und sog. wissenschaftlichen (Universitäten).

Die Umsetzung

So vielgestaltig die europaweiten Erwartungen, so unscharf fielen dann die Vorgaben auf nationaler Ebene aus. Die Menge an Zielen und sonstigen Vorgaben wuchs nach der Bologna-Erklärung von 1999 mit zusätzlichen Deklarationen weiter an:

- das Prag-Kommuniqué (2001),
- das Berlin-Kommuniqué (2003),
- das Bergen-Kommuniqué (2005),
- das London-Kommuniqué (2007) und
- das Leuven-Kommuniqué (2009)

ergänzten die hochschulpolitischen Handlungsfelder des europäischen Prozesses um die Aspekte - u.a. in Stichworten: - Lebenslanges Lernen, Partizipation, Promotion, neue Zugangswege. Doch stiftete

das Mehr an Erklärungen *weniger* Klarheit in der B.A.-Gestaltung. Zentrale Fragen blieben bis heute offen; etwa die der Definition eines B.A.: Was für Inhalte sollen den Studiengang und Abschluss bestimmen? Für welches Kompetenzniveau steht ein Bachelor?

Employability

In Deutschland forcierte die Politik die B.A.-Einführung wie in keinem anderen Bologna-Land. Hochschulen stellten Studiengänge in kürzester Zeit um. Dabei schwenkte die Bologna-Umsetzung um: weg von der regulativen Idee wissenschaftlichen Studierens hin zur „employability“, also direktem ökonomischen Nutzen des Studiums. Erheblichen Einfluss übte auf den Bologna-Prozess samt B.A.-Einführung nämlich ein gesonderter EU-Prozess aus, und zwar die so genannte Lissabon-Agenda aus dem Jahr 2000. „Das alte Paradigma, in dem Bildung als Kulturgut und Fachwissen verstanden wurde, wird nun vollständig durch ein neues, ökonomistisches Leitbild abgelöst“ analysiert der Soziologe Richard Münch diese Entwicklung im Zeichen von PISA und Bologna mit deutlichen Worten (Münch 2009, S. 29f.).

Tatsächlich lässt sich im Rückblick eine auf *employability* (Beschäftigungsfähigkeit) verkürzte Praxisorientierung von B.A.-Studiengängen auch auf die Unterordnung von Bologna gegenüber der Lissabon-Strategie zurückführen. Mangel an klareren Definitionen reichte sich nun durch überbetonte Effizienzkriterien sowie zeitliche Stauchung von *workloads*. Vor Bologna verbanden sich mit dem Reformziel „Praxisorientierung“ Dinge wie: Problemorientiertes Lernen, Projekt- und Teamarbeit – also personaler, sozialer und methodischer Kompetenzerwerb, der weit über Faktenlernen hinausging. Reformen sollten den Gegensatz zwischen Fachwissenschaften und komplexer Lebenswelt überwinden helfen („Unis haben Fächer, Gesellschaften haben Probleme“). „*Employability*“ reduzierte dagegen Praxisorientierung oftmals auf das Auswendiglernen berufsfeldbezogener Einzelfakten.

„Risiken und Nebenwirkungen“

Es liegt auf der Hand, dass die Bologna-Umsetzung von Beginn an durch studentische Kritik begleitet wurde. Ob die neuen Studiengänge tatsächlich europäische Mobilität und Studienqualität steigern, war früh strittig. Zunächst machte sich Einspruch allerdings eher an „Risiken“ oder „Nebenwirkungen“ der B.A.- und Master-

Ausgestaltung fest. Ab 2003 ähnelten die kritischen Wortmeldungen dann schon denen des Bildungsstreiks von 2009: Studierende monierten die vermehrte Konkurrenz untereinander, Barrieren zwischen B.A.- und Masterstudiengängen, Auswahlverfahren, Mangel an adäquaten Lehr- und Lernformen und die *blanke Verschulung*. (Staack/Bretschneider 2003, fzs 2004).

3. Wie geht es weiter?

Nach den offiziellen Jubiläumsfeiern zum Zehnjährigen geht der Bologna-Prozess in seine zweite Halbzeit, und die B.A.-Studiengänge werden entsprechend einer „Korrekturagenda“ (Schavan, Dt. Bundestag 3.12.09) nachbessernd umgebaut.

Damit die Hochschulen nicht überfordert bleiben, soll ein Bologna-Paket („Qualitätspaket Bologna“) als dritte Säule des *Hochschulpaktes 2020* zwischen Bund und Ländern - zur Förderung der Forschung und Schaffung neuer Studienplätze - finanzielle und formale Verbesserungen bringen. Das „Qualitätspaket“ bildet die „dritte Säule“: neben Mitteln für 275.000 zusätzlichen Studienplätzen („Erste Säule“), 1,6 Milliarden Euro für Forschungsprojekte („Zweite Säule“) dreht sich bei der „Dritten Säule“ alles um die Verbesserung der Lehre.

Endlich mehr Geld und Konzepte für gute Lehre

Das „Exzellenzinitiative“ genannte hochschulpolitische Förderprogramm soll endlich nicht nur der Forschung, sondern auch der Lehre zugute kommen: Bis 2020 schießt die Bundesregierung zusätzliche 2 Milliarden zu bei dieser „Qualitätsoffensive“, von der rund 80 Hochschulen profitieren sollen (Bildungsministerin Schavan, Die Zeit, 25.02.2010), wenn sie im Wettbewerb etwa durch ein „Konzept für gute Lehre“ punkten. Außerdem werden zehn „Zentren für Hochschuldidaktik“ jeweils mehreren, sich besonders profilierenden Unis oder FHs in Sachen Studienreform unter die Arme greifen. Die Betreuung an den Hochschulen soll schließlich durch „Mentorensysteme“ verbessert werden, die z.B. von neuen, auf Lehre spezialisierten (Junior-) ProfessorInnen aufgebaut werden.

Studierbarkeit

Hinweise dafür, wie dringend die Studierbarkeit zu verbessern ist, geben die zu beobachtenden Studienabbrüche von B.A.-Studierenden (HIS 2009): Vermehrt brachen Studierende das Studium wegen Überforderung durch „Anforderungsverdichtung“ und schlechter Betreuungsrelationen ab. Studierbarkeit wollen die Hochschulen nun durch verschiedene Nachbesserungen steigern (HRK 10.12.09):

- Verringerung der Prüfungsbelastung („grundsätzlich nicht mehr als eine Prüfung pro Modul“),
- Kontrolle der Arbeitsbelastung im B.A.-Studium,
- Vereinfachte Anerkennung von Prüfungsleistungen, sowohl national wie international,
- Flexibilisierung der KMK-Strukturvorgaben und
- Abschaffung zusätzlicher Vorgaben der Bundesländer (mehr Gestaltungsfreiheit der Hochschulen).

Probleme der Studierbarkeit entstehen durch fehlende Transparenz, schlechte Gliederung – bspw. Abstimmung von Modulen -, hohen Leistungsanforderungen (Prüfungs-Marathon). Überhaupt gelten sowohl die Modularisierung wie Ausgestaltung des ECTS als korrekturbedürftig: Studien- und Prüfungsordnungen sollen überarbeitet werden, Lehrpläne sind eventuell zu entschlacken. In der zweiten Bologna-Halbzeit soll das B.A.-Studium weniger Prüfungen, aber bessere Betreuungsmöglichkeiten beinhalten.

Auch wenn Studierende heute Arbeitsplatzsicherheit und hohes Einkommen größer schreiben als frühere Generationen, so ändert das nichts an ihrem hohen Anspruch an ein wissenschaftliches Studium: Sie wollen keine bloße Berufsorientierung und kürzeste Studiendauer (Turbo-B.A.), vielmehr auch Allgemeinwissen und Allgemeinwohlorientierung. Beim Umbau der Studiengänge kommt es also darauf an, das Interesse an beruflicher Verwertbarkeit *und* an persönlicher Entwicklung in Einklang zu bringen.

B.A. und Master weiterhin auf dem Prüfstand

Neben der Baustelle um die „Studierbarkeit“ geht es nach wie vor um die Anerkennung der neuen Abschlüsse: Welche *Kompetenzniveaus* sollen künftig die Zertifikate B.A. oder Master genau bescheinigen?

Was meint *berufsqualifizierend*? Wie soll die Beziehung zwischen B.A. und Master aussehen?

Gleichviel, ob uns Inhalte oder Abschlüsse und deren Anerkennung umtreiben, geht es allemal um die Qualität des Studiums: „Studierende und Arbeitgeber erwarten“, so wissen die deutschen Hochschulen, „dass die Inhalte gestärkt und der gute Ruf der Bildung in Deutschland nachhaltig gesichert werden.“ (HRK 28.01.10).

Reform der Reform

Nicht zuletzt hängen die „Reformen der Reformen“ davon ab, dem signifikant gestiegenen Partizipationsanspruch der Studierenden gerecht zu werden (BMBF, Bachelor-Zwischenbilanz 2010). Das ist schließlich bereits eine Kernaussage des Berlin-Kommuniqués von 2003 und gar nicht erst eine Lehre aus dem Bildungsstreik.

Geschichtsbücher der Zukunft werden vielleicht einmal schreiben, wie inmitten des Bologna-Prozesses, 2010/2011 die eigentliche Reform begann.